

RÜCKKEHR ZUR RELIGIONSPOLITIK DER ERSTEN SIEBZEHN JAHRE

DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Peter Schier

Vier "patriotische Organisationen religiöser Kreise" Schanghais nahmen Anfang Juni ihre Aktivitäten wieder auf, die sie wahrscheinlich bereits zu Beginn der Kulturrevolution zwangsweise einstellen mußten. Es handelt sich um das "Komitee der patriotischen Bewegung der dreifachen Selbstbestimmung der Protestanten von Schanghai" (Shanghai shi jidujiao sanzhi aigo yundong weiyuanhui; auf nationaler Ebene 1954 gegründet), die "Patriotische Vereinigung der Katholiken von Schanghai" (Shanghai shi tianzhujiao aiguo hui; auf nationaler Ebene 1957 gegründet), die "Buddhistische Gesellschaft Schanghais" (Shanghai shi fojiao xiehui; auf nationaler Ebene 1953 gegründet) und die "Islamische Gesellschaft Schanghais" (Shanghai shi yisilanjiao xiehui; auf nationaler Ebene 1953 gegründet). Die Komitees bzw. Exekutivräte dieser vier religiösen Organisationen hielten vom 4.-9. Juni getrennte Plenartagungen bzw. erweiterte Sitzungen ab, auf denen eine Neuordnung und eine personelle Auffüllung der Führungsorgane beschlossen und neue Führungskräfte nachgewählt wurden (1).

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Komiteemitglieder und der Exekutivräte aller vier Organisationen erläuterten die Vertreter des städtischen Amtes für religiöse Angelegenheiten (Shanghai shi zongjiao shiwu jin) die derzeit gültige Politik der Kommunistischen Partei Chinas gegenüber den Religionen, den religiösen Gruppen und den Gläubigen selbst und legten die Richtung der Aktivitäten der religiösen patriotischen Verbände dar (2). Allein aus letzterem wird ersichtlich, daß diese reaktivierten religiösen Gruppen keinerlei Selbstbestimmungsrecht und einen sehr begrenzten Handlungsspielraum haben: Die allgemeine Richtung der Tätigkeiten dieser religiösen Verbände wird - wie bei allen anderen religiösen Vereinigungen auch - vom staatlichen Amt für religiöse Angelegenheiten fremdbestimmt, während letzteres wiederum politisch dem Büro für Religionen (Zongjiao ju) der Einheitsfrontabteilung beim KPCh-Parteikomitee unterstellt ist (so z.B. in der Provinz Guangdong) (3). Eine weitere politische Einbindung der religiösen Vereinigungen findet statt durch die Mitgliedschaft in der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (Zhongguo renmin zhengzhi xieshang huiyi), deren Aufgabe als staatliche Organisation der Einheitsfront es ist, letztere unter der Führung durch die KP Chinas weiter zu entwickeln und in der Öffentlichkeit, insbesondere unter den demokratischen Parteien und Gruppen, den Organisationen der Nationalen Minderheiten und den religiösen Vereinigungen, für die Unterstützung der KP-Politik zu werben. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, daß die Vertreter der vier o.g. religiösen Organisationen gegenüber den Beamten des

Amtes für religiöse Angelegenheiten der Stadt Schanghai die Loyalität zu Partei und Staat zum Ausdruck brachten und gelobten, in ihrer Arbeit "die Liebe zum sozialistischen Vaterland" zu kultivieren, "fleißig zu lernen, ununterbrochen Fortschritte zu machen und aktive Beiträge für die Festigung von Stabilität und Einheit und für die Verwirklichung der Vier Modernisierungen zu leisten" (4) - von eigentlich religiösen Aktivitäten der betroffenen Verbände erfuhren weder die Leser der Schanghaier Wenhui Bao noch die Hörer von Radio Schanghai (5).

Die Wiederaufnahme der Aktivitäten der vier genannten "patriotischen Organisationen religiöser Kreise" war offenbar auf einer Diskussionsveranstaltung am 1. Februar vorbereitet worden, zu der das Amt für religiöse Angelegenheiten der Stadt Schanghai 50 Vertreter religiöser Gemeinschaften eingeladen hatte. Unter ihnen befand sich auch der 86jährige Bischof der Schanghaier Diözese und stellvertretende Vorsitzende der "Patriotischen Vereinigung der Katholiken von Schanghai", Zhang Jiashu (der legitime, d.h. vom Vatikan anerkannte Bischof Ignatius Gong Pingmei wurde 1955 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt). Die Teilnehmer der Schanghaier Veranstaltung wurden aufgefordert, ihre Furcht vor erneuter offizieller Repression aufzugeben und darauf zu vertrauen, daß die KP Chinas "das Recht auf ordnungsgemäße (sic!) religiöse Betätigung garantiert" (6).

Das "Komitee der patriotischen Bewegung der dreifachen Selbstbestimmung der chinesischen Protestanten" (Zhongguo jidujiao sanzhi aiguo yundong weiyuanhui) und die "Patriotische Vereinigung der chinesischen Katholiken" (Zhongguo tianzhujiao aiguo hui) waren im Rahmen der "patriotischen Bewegung der dreifachen Selbstbestimmung" im Jahre 1954 bzw. 1957 gegründet worden, um die Ziele dieser Bewegung durchzusetzen und als an der KPCh-Politik orientierte religiöse Verbände an die Stelle der alten christlichen Kirchenorganisationen zu treten. Die "Patriotische Bewegung der dreifachen Selbstbestimmung" (Sanzhi aigo yundong) propagierte seit 1950 eine eigene, vom Ausland unabhängige Kirchenverwaltung, eine eigene materielle Unterhaltung und Religionsausübung und eine eigene Missionsarbeit der chinesischen Christen - das eindeutige Ziel dieser Bewegung bestand also darin, die christlichen Kirchen in China zum Abbruch jeglicher Beziehungen mit dem Ausland zu zwingen und den Abbruch dieser Beziehungen propagandistisch zu legitimieren. Die Wiederaufnahme der Aktivitäten des "Komitees der patriotischen Bewegung der dreifachen Selbstbestimmung der Protestanten von Schanghai" und der "Patriotischen Vereinigung der Katholiken von Schanghai" zeigen

nicht nur eine Rückkehr zur Religionspolitik der ersten sieben Jahre in der Geschichte der Volksrepublik China an, sondern sind auch ein weiteres Indiz dafür, daß es auch in Zukunft nicht zu engeren Kontakten zwischen chinesischen und ausländischen Christen kommen wird. U.a. auf Meldungen in westlichen Zeitungen anspielend, nach denen die Jesuiten und andere nichtkonfessionelle Ausländer gebeten worden seien, Schulen und Universitäten in China zu betreiben, erklärte der chinesische Erziehungsminister Jiang Nanxiang unlängst auf einer Diskussionsveranstaltung der Qinghua-Universität, daß "es ganz offensichtlich nicht den Gegebenheiten unseres Landes entspricht, ...erneut Ausländer nach China zu bitten, um hier Schulen zu betreiben" (7). Eine Schule sei schließlich keine Fabrik. Fabrik-ausrüstungen und Technologie könne man importieren, weil sie keinen Klassencharakter hätten - Schulen hingegen gehörten zum Überbau, und die von ihnen ausgebildeten Schüler und Studenten hätten Klassencharakter: "Die bei uns herangezogenen Studenten müssen sich mit ganzem Herzen für den Sozialismus einsetzen." (8)

Die Rückkehr zur vor der Kulturrevolution gültigen Religionspolitik hatte sich bereits ein Jahr nach dem Sturz der "Viererbande" angekündigt, als Repräsentanten religiöser Kreise wieder in die Provinzorganisationen der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes aufgenommen wurden. Im März 1978 nahmen dann auch auf nationaler Ebene 16 Vertreter religiöser Gemeinschaften an der 1. Sitzung des V. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes teil (9). Ebenfalls im März 1978 gab das reaktivierte "Institut für Weltreligionen der Akademie der Sozialwissenschaften" (Zhongguo shehui kexue yuan shijie zongjiao yanjiu suo) die Aufnahme von Forschungsstudenten für die Fachrichtungen Buddhismus, Christentum, Islam, Daoismus, Geschichte des chinesischen Atheismus und Geschichte des Atheismus im Ausland bekannt (10). Im April folgte dann eine religionswissenschaftliche Diskussionsveranstaltung - die erste seit Gründung der Volksrepublik China, die sich mit der Planung der religionswissenschaftlichen Forschung befaßte - auf der der Berater der Akademie der Sozialwissenschaften, der frühere "Kulturpapst" Zhou Yang, betonte, daß die religionswissenschaftliche Forschung vom marxistischen Standpunkt ausgehen müsse und daß es ihre Aufgabe sei, "entschlossen den marxistischen Atheismus zu propagieren und zu verteidigen" (11). Andere Redner auf dieser Veranstaltung vertraten die Ansicht, daß, obwohl der Marxismus als Wissenschaft am Atheismus festhalte und Religion ablehne, gegenüber den religiösen Kreisen eine Einheitsfrontpolitik eingeschlagen werden solle, die die religiösen Gefühle dieser Personen respektiere und die Gläubigen an der religionswissenschaftlichen Forschung beteilige (12).

Dem eigentlichen Ziel der gültigen Religionspolitik und der religionswissenschaftlichen Forschung, nämlich der Propagierung des Atheismus, war eine wissenschaftliche Tagung über den Atheismus in China gewidmet, die im Dezember 1978 von dem Institut für Weltreligionen der Akademie der Sozialwissenschaften in Zusammenarbeit mit der Philosophischen Fakultät der Universität Nanjing einberufen wurde. Die Tagungsteilnehmer diskutierten u.a. Ziel, Bedeutung, Objekt und Umfang der Erforschung der Geschichte des Atheismus in China sowie Kriterien zur Unterscheidung von Theismus bzw. Theisten und

Atheismus bzw. Atheisten. Als eines der Hauptziele der atheistischen Forschung wurde die Kritik an der "neuen Theologie" und den "theologischen Dogmen" bezeichnet, zu denen Lin Biao und die "Viererbande" den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen gemacht hätten. Die Kritik an dem "feudalen Aberglauben", der sich zu Lebzeiten Maos um seine Person gerant hatte, wurde dann auch von einigen Tagungsteilnehmern als eines von drei Themen der atheistischen Propaganda genannt - die anderen beiden seien die Kritik an dem Glauben an Ahnengeister, Teufel und Götter sowie die Kritik am Buddhismus, Daoismus und anderen Religionen. Zu diesem Zweck sowie zur Vertiefung der Erforschung des Atheismus in China wurde auf der Tagung die Gründung der "Atheistischen wissenschaftlichen Gesellschaft Chinas" (Zhongguo wushenlun xuehui) beschlossen, die eine sogenannte Massenorganisation wissenschaftlichen Charakters darstellt (13).

Die erste nationale Konferenz zur Planung der religionswissenschaftlichen Forschung in der Geschichte der Volksrepublik China wurde schließlich im Februar dieses Jahres in Kunming abgehalten, auf der der Forschungsplan für den Zeitraum von 1979 bis 1985 beschlossen und die "Religionswissenschaftliche Gesellschaft Chinas" (Zhongguo zongjiaoxue xuehui) gegründet wurde. Wie schon bei den zuvor genannten religionswissenschaftlichen Tagungen bzw. Veranstaltungen saß auch diesmal wieder der Direktor des Instituts für Weltreligionen der Akademie der Sozialwissenschaften, Prof. Ren Jiyu, der Tagung vor, was seine herausragende Position in der religionswissenschaftlichen Forschung Chinas dokumentiert. In seinem Bericht "Für eine marxistische Religionswissenschaft kämpfen" bezeichnete Prof. Ren Jiyu Religion und Theologie sowie alle Formen des religiösen Glaubens als "schwerwiegende Hindernisse für die Verwirklichung der Vier Modernisierungen" (14) - eine Auffassung übrigens, die die Zhongguo Qingnian Bao (Chinesische Jugendzeitung) in den entwickelten westlichen Staaten nicht bestätigt fand: Schließlich habe sogar Wernher von Braun an Gott geglaubt, und trotzdem habe er modernste Raketen bauen können (15).

Die 127 Teilnehmer der Tagung in Kunming, die sich u.a. aus Vertretern der Wissenschaft, der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, der staatlichen Behörden für religiöse Angelegenheiten und der religiösen Verbände selbst zusammensetzten, waren der Ansicht, daß sich die "marxistische Religionswissenschaft" nicht nur mit der Erforschung der verschiedenen Religionen und ihrer Entstehungs-, Entwicklungs- und Niedergangsgesetze zu beschäftigen habe, sondern auch mit der Erforschung des "wissenschaftlichen Atheismus" und der "Politik des Proletariats gegenüber den Religionen". Besondere Bedeutung wurde der Rolle beigemessen, die die marxistische Religionswissenschaft für die "Befreiung des Denkens, die Zerstörung des Aberglaubens und die Verwirklichung der Vier Modernisierungen" spielen werde. Dies bezog sich - wie dazu explizit ausgeführt wurde - eindeutig vor allem auf die Kritik des Personenkultes um Mao und auf die Kritik der Theorie von der Unfehlbarkeit der Mao-Zedong-Ideen und des Marxismus-Leninismus. Darüber hinaus, so die Tagungsteilnehmer, läge die Bedeutung der Religionswissenschaft darin, Partei und Staat eine theoretische Grundlage für ihre Religionspolitik zu liefern, indem die marxistische Religionswissenschaft "über die objektiven Gesetze der Entstehung, der Entwicklung und

des Niedergangs der Religionen korrekte Erkenntnisse macht" (16). Zum Ehrenvorsitzenden der auf dieser Tagung gegründeten "Religionswissenschaftlichen Gesellschaft Chinas", einer sogenannten Massenorganisation wissenschaftlichen Charakters, wurde der bekannte buddhistische Politiker Zhao Puzhu gewählt. Vorsitzender des 56köpfigen Exekutivrats wurde der Direktor des Instituts für Weltreligionen der Akademie der Sozialwissenschaften, Prof. Ren Jiyu, der damit endgültig zum führenden Fachmann der Religionswissenschaften in China aufstieg. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivrats wurden u.a. der anglikanische Bischof von Nanjing und Abgeordnete des Nationalen Volkskongresses, Ding Guangxun, der stellvertretende Vorsitzende der Islamischen Gesellschaft, Zhang Jie, und der frühere Direktor des Amts für religiöse Angelegenheiten beim Staatsrat, Xiao Xianfa, gewählt (17).

Auf allen genannten religionswissenschaftlichen Tagungen wurde übereinstimmend betont, daß die Religionspolitik vor der Kulturrevolution korrekt gewesen sei und daß es sich bei der kulturrevolutionären Kritik um Verleumdungen der "Viererbande" gehandelt habe. Damit wurde praktisch eine offizielle positive Neubewertung der Religionspolitik in den ersten sieben Jahren der Volksrepublik China angekündigt. Diese wurde dann auch im März dieses Jahres vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas vorgenommen, als es die Einheitsfrontabteilung beim ZK der KPCh, die Kommission für Angelegenheiten der nationalen Minderheiten beim Staatsrat und das Amt für religiöse Angelegenheiten beim Staatsrat von allen kulturrevolutionären Vorwürfen freisprach und die betreffenden Kader rehabilitierte (18). Mit der von höchster Stelle vorgenommenen positiven Bewertung der Religionspolitik vor der Kulturrevolution wurde der Rückgriff auf die wichtigsten Bestandteile der damaligen Religionspolitik legitimiert, d.h. auf der einen Seite Duldung religiösen Glaubens und der Glaubensausübung innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen ("Grundpflichten der Bürger": Unterstützung der Führung durch die KPCh, Unterstützung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, Sicherung der Einheit des Landes und der Nationalitäten und Einhaltung der Verfassung und der Gesetze) und auf der anderen Seite offizielle Propagierung und Förderung des Atheismus mit dem letztendlichen Ziel der Ausrottung jeglichen religiösen Glaubens, wobei die Einrichtung religionswissenschaftlicher Gesellschaften und die Restaurierung bestimmter religiöser Bauten nicht der Förderung der Religionen als solcher dient, sondern der atheistisch-wissenschaftlichen Erkenntnis hierüber, die wiederum im Dienst der im Grunde genommen atheistischen Religionspolitik der Partei- und Staatsführung steht. Eine zusätzliche inhaltliche Bestimmung hat jedoch sowohl die religionswissenschaftliche Forschung als auch der Kampf gegen Religion und Aberglauben erhalten, insofern darin einbezogen wurde die Kritik an der "neuen Religion" und dem "neuen Aberglauben", zu denen die Mao-Zedong-Ideen und der Marxismus-Leninismus während der Kulturrevolution gemacht worden seien (19).

Die Renmin Ribao veröffentlichte am 15. März d.J. einen dem Inhalt nach grundsätzlichen Artikel über "Religion und feudalistischen Aberglauben", der die Auffassung der für die Religionsangelegenheiten zuständigen Regierungsorgane darstellte. Darin wurde ausgeführt, daß Religion zwar Aberglaube, jedoch nicht jede Form des Aberglaubens Religion sei.

Beispielsweise stellten die verschiedenartigen Formen feudalistischen Aberglaubens keine Religionen dar. Marxisten seien zwar konsequent gegen jede Form von Religion, doch da die Menschen eine sehr lange Zeit brauchen würden, um sich von solchen idealistischen Glaubensvorstellungen zu lösen, müsse man derzeit "den (religiösen) Glauben der Volksmassen anerkennen, erlauben und achten". So sei auch in Art. 46 der neuen Verfassung vom 5.3.1978 festgelegt: "Die Bürger haben Religionsfreiheit sowie die Freiheit, sich zu keiner Religion zu bekennen und den Atheismus zu propagieren" (von der Freiheit religiöser Propaganda, d.h. missionarischer Tätigkeit, ist allerdings nicht die Rede) (20). Unter Religionen - so der RMRB-Artikel - seien hauptsächlich die Weltreligionen, d.h. das Christentum, der Islam und der Buddhismus, zu verstehen, die insbesondere unter einigen nationalen Minderheiten noch einen breiten Einfluß hätten. Die in der Verfassung stipulierte Freiheit, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen, bezöge sich daher vornehmlich auf diese Weltreligionen. Bei der Religionsausübung müsse die Politik der Regierung beachtet werden, und jedwede Einmischung in Politik und Erziehung sei verboten. Daher sei es notwendig, daß die Regierungsorgane ihre Kontrolle über die religiösen Organisationen verstärkten.

Verboten hingegen sind dem RMRB-Artikel zufolge alle Formen feudalistischen Aberglaubens und entsprechende Aktivitäten, wie solche von Hexen und Hexenmeistern, Quacksalbern, Regenmachern, Exorzisten, Geomantikern, Wahrsagern und anderen falschen Zauberern. In der Bevölkerung weitverbreitete traditionelle Aberglauben, wie der Ahnenkult und der Glaube an die Unsterblichkeit der Seele und an die Existenz von Geistern und Göttern, seien hingegen - wie der Artikel in leicht resignativer Sprache vermerkt - erlaubt, solange die politischen Aktivitäten und die Produktion des Kollektivs dadurch nicht beeinträchtigt würden. Wie für religiöse Praktiken gelte auch in diesem Fall, daß man die Bevölkerung nur durch langwierige Erziehungs- und Überzeugungsarbeit von derart idealistischem bzw. abergläubischen Gedankengut befreien könne (21).

Daß in der Volksrepublik China auch noch dreißig Jahre nach ihrer Gründung der Aberglaube wuchert - seit Beginn der Kulturrevolution angeblich sogar wieder in größerem Ausmaß - hatten die chinesischen Massenmedien in letzter Zeit bereits häufig berichtet und beklagt (22). Aus Tibet kam nun die Meldung, daß es auch mit der Religionsfreiheit nicht so weit getrieben werden dürfe, daß die Produktion beeinträchtigt werde:

"In diesem Frühling haben einige Leute in den ländlichen Gebieten des Kreises Jiangda die Religionspolitik der Partei nicht völlig begriffen und eigenmächtig darauf bestanden, daß sie - da sie Religionsfreiheit hätten - zu Pilgerfahrten nach außerhalb aufbrechen könnten, wann immer sie wollten. Auf diese Weise sind die normale Entwicklung der Produktion und die Vier Modernisierungen in Mitleidenschaft gezogen worden." (23)

In dem Bericht von Radio Tibet heißt es weiter, daß die lokalen Partei- und Regierungsorgane diesem Problem größte Aufmerksamkeit geschenkt und energische Maßnahmen zur verstärkten Propagierung des Atheismus ergriffen hätten. So sind Aberglauben und Religion - nach marxistisch-leninistischer Lesart